Nummer 9 — Berlin, den 11. April 1924 — 36. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1202. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O 27, Magazinstraße 6/7 II (Postscheckkonto 5386), zu richten — Bezug nur durch die Post Grundpreis monatlich 2 Mk. mal Schlüsselzahl. Anzeigenpreis 2 Mark für die sechsgespaltene Zeile.

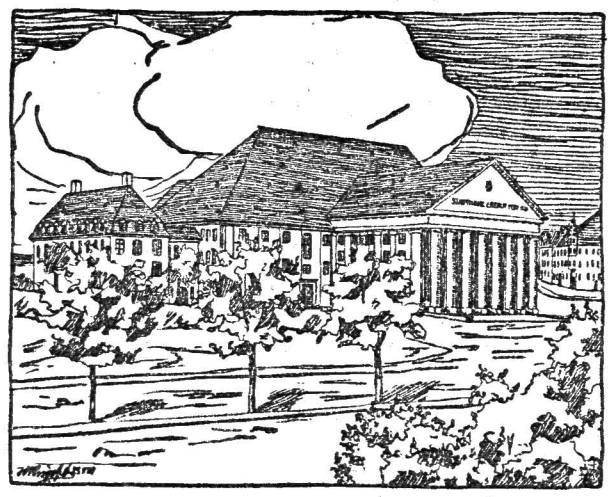
Inhalt: Zum 15. Verbandstag in Kassel. — Michael v. d. Meulen †. — Die Streikbewegung in der Krefelder Textilindustrie. — Achtung, Beitragsleistung. — Frauenteil. — Jugendbewegung. — Die kommunistische Partei und die Betriebsräte. — Spitzenmesse. — Unternehmerwillkür — Achtstundentag und Volkswirtschaft. — Berichte aus Fachkreisen. — Wirtschaft. — Rundschau. — Literatur — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Von Kassel bis Kassel.

Zum 15. Verbandstag in Kassel.

Von Ernst Eckel-Kassel.

Im Herzen Deutschlands, dort, wo der Fulda Silberband sich durch eine von Wäldern und Bergen begrenzte Ebene windet, liegt Kassel, Kurhessens ehemalige Hauptstadt. Die Geschichte der Stadt Kassel reicht 1000 Jahre zurück. König Konrad I. stellte in Chassalla am 18. Februar 913 eine Urkunde aus. Das ist die erste Erwähnung des am linken Fuldaufer gelegenen Königshofes (Chassalla = steinernes Haus). Heinrich II. schenkte Chassalla seiner Gemahlin Kunigunde, die das Besitztum wieder dem benachbarten Kloster Kaufungen verschrieb Später ging es in den Besitz der Gudensberger Grafen und dann an die Thüringer Landgrafen über. Heinrich I., der erste Landgraf von Hessen, erhob Kassel zu seiner Residenz und erbaute an Stelle des Königshofes ein Schloß. Im 13. Jahrhundert erhielt die dabei entstandene Siedelung Stadtrechte. Unter dem Landgrafen Philipp wurde die erweiterte Stadt befestigt. Landgraf Karl (1677—1730) legte die Aue und die obere Neustadt an, nahm flüchtige Hugenotten auf und erbaute die Kaskaden (Wilhelmshöhe). Die bedeutendste Erweiterung erfuhr aber die Stadt unter Friedrich II. Unter dem ersten Kurfürsten Wilhelm I. wurden die Schöpfungen seiner Vorgänger vollendet. Als Jérôme Napoleon in Kassel residierte (Königreich Westfalen), brannte 1811 das alte Landgrafenschloß ab und befindet sich heute, an dessen Stelle, der Justizpalast. 1866 wurde das Kurfürstentum Hessen, dessen Hauptstadt Kassel war, von Preußen annektiert. Kassel war die einzige Festung, deren Mauern im Dreißigjährigen Krieg den feindlichen Stürmen Trotz boten. Heute erinnert außer der Bauweise der älteren Stadtteile an jenen Festungscharakter nur noch der ehemalige Bergfried der Stadt, der 1415 erbaute Druselturm. Seit dem Siebenjährigen Krieg sind die bewehrten Mauern gefallen, und nach allen Seiten hat sich die Stadt frei und ungehindert ausdehnen können. Die malerische Altstadt Kassels hat ihre ursprüngliche Eigenart gewahrt, wie man sie nur in wenigen Städten findet. Dort blüht noch die Poesie der stillen Winkel; in den engen Gäßchen und gekrümmten Straßenzügen offenbaren sich die Schönheiten der mittelalterlichen Bauweise. Unter den Kasseler Anlagen, die der Stadt ihr besonderes Gepräge verleihen, hat eine aber Weltruf erlangt: die Wilhelmshöhe. Wer von Kassel spricht oder hört, denkt zumeist an diese einzigartige Schöpfung, in der sich Natur und Kunst verbinden, um landschaftliche Reize und architektonische Wirkungen von einzig dastehender Harmonie zu schaffen. Weithin schaut das den Gipfel krönende Oktokon mit der kupfernen Herkules-Statue als ein Wahrzeichen in die Lande. Im Vordergrunde steht das 1803 vollendete Schloß Wilhelmshöhe mit seiner historisch denkwürdigen Inneneinrichtung Der letzte Franzosenkaiser wurde 1870 hier in Gefangenschaft gehalten. Im Süden, an der Peripherie der Stadt, liegt ein Gartenjuwel von intimem Reiz: der Schönfelder Park mit einem kleinen Lustschlößchen. Der Westfalenkönig Jérôme huldigte hier sehr oft der Göttin „Venus".

Nur wenige Minuten vom Park Schönfeld liegt am linken Ufer der Fulda die 150 Hektar große Parkanlage: die Karlsaue. Ursprünglich im französisch-holländischen Stil gehalten, wurde sie im Ausgang des 18. Jahrhunderts nach englischem Muster umgeformt. Während der wiederholten Belagerungen im Siebenjährigen Krieg ging es ihr schlecht. Das in der Karlsaue gelegene Orangerieschloß diente zeitweise als Lazarett und wurde mit Orangen- und Zypressenholz geheizt und manch mächtiger Baum gefällt. Die Geschichte berichtet, daß auch hier eine Menagerie unterhalten wurde. In den Felsenhöhlen der Abhänge hausten allerhand Wüstentiere und in den



Kastanienbäumen der Affenallee wiegten sich angekettete Affen der verschiedensten Gattungen. Erwähnenswert ist die im vergangenen Jahre von der Stadt Kassel fertiggestellte Flußbadeanlage, die als vorbildlich bezeichnet werden kann und sich in glücklicher Weise in das Landschaftsbild der Karlsaue und Umgebung einfügt. Unweit des Staatstheaters, am Ausgange der Karlsaue, ist unter Benutzung alter Anlagen eine Gedächtnisstätte für die im Weltkriege Gefallenen errichtet, die ohnegleichen ist.

Die Murhardsche Bibliothek mit 200 000 Bänden und die Landesbibliothek mit 245 000 Druckwerken und 4400 alten Handschriften sind eine Fundgrube für Wissensdurstige.

An der Schönen Aussicht befindet sich die staatliche Gemäldegalerie. Unter den etwa 800 Gemälden ist die italienische, vlämische und niederländische Schule aus dem 16. und 17. Jahrhundert durch Originale zahlreich vertreten. Die wertvollsten Stücke sind in dem Befreiungskriege 1913, als die Russen die Franzosen von Kassel vertrieben, von den Russen nach Petersburg entführt, aber dort sollen sie jetzt auch nicht mehr zu finden sein.

Im Westen der Stadt mit dem Ausblick nach Wilhelmshöhe erhebt sich die Kasseler Stadthalle, das Tagungslokal für den 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Mit ihren 5000 Personen fassenden Festsälen findet sie vielfach Verwendung bei musikalischen Veranstaltungen, Kongressen, Versammlungen und Ausstellungen.

Das industrielle Leben, die Stätten der Arbeit, verteilen sich meist auf den Osten und Norden der Stadt, so daß diese dem Besucher meist entgehen. Neben einer ganz bedeutenden Metallindustrie befindet sich hier die alteingesessene Textilindustrie. Früh lassen sich die Anfänge der Weberei und Stoffbereitung erkennen. Unter dem Landgrafen Moritz (1604 bis 1615) wurden viele fremde Handwerker nach Kassel, vom Rhein und der Niederlande gezogen. Weber und Tuchbereiter, Schönfärber, Teppichwirker und viele andere ließen sich in Kassel nieder. Wie zahlreich sie waren, beweist der Umstand, daß sie in der Unterneustädter Kirche eigenen Gottesdienst erhielten, und noch sind die stattlichen, hochgegiebelten Bürgerhäuser der Altstadt ein sprechendes Zeugnis ihres Gewerbefleißes. In der heutigen Schäfergasse wurde damals eine Schule für die Stoffbereitung errichtet und jährlich 50 Kinder ausgebildet. Neben einer Zwirnmühle wurde auch eine Spinnerei in vollen Betrieb genommen. Die Anstalt lieferte Waren aller Art in Gold- und Silberstoffen, in Seide, Wolle, Baumwolle und Leinen. Der damalige Regent fand aber bei den Zünften und der Stadtverwaltung wenig Interesse für seine „Manufakturen" Der Landgraf beschwert sich bitter darüber, daß die Stadt dem Weinausschank mehr Interesse entgegenbringt. Auch durch die Hugenottenvertreibung aus Frankreich kamen viele Handwerker nach Kassel, darunter waren wiederum die Seiden-, Tuch- und Zeugmachermeister vertreten. Die Geschichte berichtet darüber: Mit Verwunderung betrachtete man die neuen Werkzeuge und Maschinen: „Die rauhe Wolle wissen die Werkleute durch ein gewisses Instrument gar artig zu scheiden. Sie haben neu erfundene Webstühle, vermittels deren sie ein feines Tuch und sehr schöne, ansehnliche Teppiche mit geringer Mühe machen können; gleichfalls haben sie ein gewisses, hiesigen Lands sonst bishero unbekanntes, von Eisen gemachtes Instrument, mit vielen stählernen Zinken, Federn, Zähnen oder Getrieben, darauf können sie mit geringen Kosten geschwind und leicht wollene und seidene Strümpfe und Camisolen machen. Also werden in diesem Werkhause von Wollen bereitet Decke, Bette, Tuch, Bane, Sarsi, Sarge de Nimes, Strümpfe, Handschuh, Camisolen, Bamets (Bonnets?), Estoffe usw."

Doch dieser großangelegte Staatsbetrieb hatte auf die Dauer wenig Zug. Hessen war kein genügendes Absatzgebiet für eine so bedeutende Industrie und das Ausland kein williger Abnehmer dafür. Vor allen Dingen fehlte der kaufmännische Betrieb. Dagegen zeigte die Privatindustrie, die Spinnereien und Straminwebereien, die Hunderte von Arbeitern beschäf-

Von Kassel bis Kassel.

Vom 29. März bis 1. April 1902 tagte die 6. Generalversammlung und der 6. Kongreß des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Kassel. Nach 22 Jahren findet die 15. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes wiederum in Kassel statt. Rein äußerlich zeigt sich schon, daß sich gewaltige Aenderungen in der Organisation vollzogen haben. Während 1902 die Generalversammlung in einem kleinen unscheinbaren Lokal Raum fand, muß die diesmalige Generalversammlung in dem größten Lokal der Stadt Kassel, der Stadthalle, die gegen 5000 Personen umfaßt, abgehalten werden. 1902 waren es 76 Delegierte, die die Generalversammlung repräsentierten, 1924 sind es deren 350. 1902 zählte der Verband 29 740 Mitglieder, darunter nur 4288 weibliche Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl gegen 600 000. Welch ein gewaltiger Aufschwung seit Kassel. Nur eine vom reinsten Idealismus, Opfer- und Bekennermut getragene und keine Gefahren scheuende Arbeit, in welcher die Persönlichkeit sich völlig der Sache hingab, konnte dieses Werk vollbringen. Wenn auch die Textilarbeiterschaft der Organisation damals nicht feindlich gegenüberstand, so war sie doch in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht indifferent, beherrscht von Zweifeln an dem Erfolg ihrer Selbsthilfe. Der Indifferentismus der Arbeiterschaft war das schlimmste Bollwerk, das der Organisation entgegenstand und das überwunden werden mußte, um die Organisation zu einem Hebel für die Förderung der Arbeiterinteressen und zu einem Schutz und Schirm im Wirtschaftskampf zu gestalten. Welche Mittel sind anzuwenden, um die Textilarbeiterschaft für den Textilarbeiter-Verband zu gewinnen? Was war zu tun, um das uns entgegenstehende Bollwerk, den Indifferentismus, zu übersteigen? Das war die Frage, die die Verbands-Generalversammlung von Kassel 1902 beherrschte. Daß die geleistete Arbeit von Erfolg gekrönt gewesen ist, zeigt die Geschichte des Verbandes. Es war eine schwere und andauernde Arbeit, die getragen war von Kampfmut, Idealismus und Opfersinn. Tausende von dem brutalen Unternehmertum, die in dem Arbeiter nicht nur den wirtschaftlich, sondern auch den geistig Hörigen erblickten, gemaßregelte, von Ort zu Ort gehetzte, ihrer Existenz beraubte und wirtschaftlich zugrunde gerichtete Arbeiter legen Zeugnis ab für den schweren Kampf, den die Textilarbeiterschaft um den Aufbau ihrer Organisation führte. Aber auch keine noch so rohe Gewalt konnte die Kämpfer davon abhalten, abzuirren vom Weg, der allein nur zum Aufstieg der Arbeiterklasse führen konnte. Sie waren erfüllt vom Glauben an die sieghafte Idee des Sozialismus und der gewerkschaftlichen Selbsthilfe im Wirtschaftskampf. Allein dieser Glaube befähigte sie, allen Gewalttaten der Unternehmer und einer dem Unternehmertum willfährigen Gerichtsbarkeit zu spotten. Sie störten sich nicht daran, daß zahlreiche Opfer das Kampffeld bedeckten; entstanden Lücken in der Kampffront, so füllten andere die Lücken auf, um dem Unternehmertum erneut die Stirn zu bieten. Man wetteiferte im edlen Kampfgeist, um der Sache zu dienen. War die Zahl der Kämpfer und Organisierten auch gering, so waren sie aber fest in sich geschlossen und einig über den Weg, den sie zu gehen hatten. Darin lag ihre Stärke. So manchen Kampf konnten sie siegreich gegen das Unternehmertum und den mit ihm verbundenen Mächten der Behörden und der Gerichte durchfechten. Unterlagen sie im Kampf, so war dies kein Grund für sie, um kleinlich zu verzagen. Sie waren sich bewußt, daß der Aufstieg der Arbeiterklasse durch viele verlorene Schlachten markiert wird. Die kleine Kämpferschar, sie wollte **nicht Schnitter, sondern Sämann sein.** Die Saat, welche sie gesät haben, hat reichlich Früchte getragen. Dies zeigt die Entwicklung des Verbandes schon rein ziffernmäßig Der Aufstieg wird durch die Mitgliederbewegung am besten gezeigt:

Jahr	Mitgliederzahlen am Ende des Jahres	Jahr	Mitgliederzahlen am Ende des Jahres
1903	60 235	1916	56 747
1905	77 808	1918	154 381
1907	126 440	1920	537 909
1909	104 301	1922	727 446
1911	131 426	1923	608 231
1913	138 079		

Die Verbands-Generalversammlung 1902 trug das Gepräge des kameradschaftlichen Verständnisses, das in einer beispiellosen Solidarität gipfelte, in der Einheit und Geschlossenheit ihrer Zielrichtung. Ueber den Weg verständigte man sich leicht in einer von demokratischem Geist getragenen fruchtbringenden Diskussion. Es war Gemeingut der damaligen Kämpfer in der Gewerkschaftsbewegung, daß das begonnene Werk nur in freiem Geistesringen, unter Anwendung demokratischer Grundregeln, seiner Vollendung entgegengeführt werden kann. Das gegenseitige Verstehen, die Achtung der Meinung des anderen förderte kraftvoll die Organisation. Leider herrscht dieser alte Geist nicht mehr allenthalben unter den Mitgliedern der Gewerkschaften. Seitdem der Russe Losowski, von dem die russische Gewerkschaftsbewegung vor 1918 nicht das Geringste zu berichten weiß, die Brandfackel in die deutschen Gewerkschaften geschleudert hat, ist dieser Geist gebannt. Dafür **tobt sich die Roheit, Gewalttätigkeit, die Beschimpfung andersdenkender** in der schlimmsten Weise aus. Die Folge davon ist anstatt Fortschritt — Rückschritt. Die Zersetzung nimmt überhand.

Die Kommunisten haben durch ihre Zellenbauerei in den verschiedensten Teilen des Reiches jede fruchtbringende gewerkschaftliche Tätigkeit unmöglich gemacht. Bewußt arbeiten diese Zellen gegen jede im Interesse der Arbeiterschaft liegende Tätigkeit des Verbandes. Bewußt wird der Verbandsleitung durch die kommunistische Zellenleitung entgegengearbeitet. Die Tätigkeit der kommunistischen Zellen wird begleitet mit rohem Geschimpfe und niedrigen Verleumdungen. Als Krönung ihres Werkes haben sie sich die Vernichtung des alten demokratischen Geistes zur Zielrichtung gesetzt. Nicht mehr im freien Geist des Kampfes soll der Organisation Weg- und Zielrichtung gegeben werden, sondern ein sogenanntes Dreimännerdirektorium in Moskau soll entscheiden, wie die Textilarbeiter Deutschlands ihre Kämpfe führen sollen. Die Organisation soll zu einem Körper ohne Inhalt und Geist herabdegradiert werden, der kommandomäßig die Befehle des Moskauer Dreimännerdirektoriums entgegennimmt und ausführt. Damit soll der deutsche Arbeiter auf die Stufe des des Lesens und Schreibens unkundigen russischen Muschiks herabgesetzt werden. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband wird durch die kommunistische Tätigkeit in der schlimmsten Weise zum Schaden der Textilarbeiterschaft beeinträchtigt. Kann dies anders sein?

„Wo rohe Kräfte sinnlos walten,
da kann sich kein Gebild gestalten."

Die Generalversammlung in Kassel wird hinter die zersetzende Tätigkeit der Kommunisten einen Schlußpunkt setzen müssen. Sie wird deshalb von vornherein nicht das Gepräge der Einheit wie ihr Vorgänger vom Jahre 1902 in sich tragen. Es wird ein Kampf zum Austrag kommen, durch welchen der Organisation ihr altes Gefüge, ihre Einheit wieder zurückgegeben werden muß. Es muß Schluß gemacht werden damit, daß einer Organisation innerhalb der Organisation Raum gegeben wird, die sich zur Hauptaufgabe und zum Ziel die Untergrabung und Zersetzung der Organisation gemacht hat.

Hoffen wir, daß die Generalversammlung in Kassel ihre hohen Aufgaben erfüllt und dem alten Geist der Demokratie und Kameradschaftlichkeit und der Solidarität wieder Anerkennung verschafft und die Herzen unserer Mitglieder wieder von neuem mit diesem Geiste erfüllt. **In diesem Zeichen begrüßen wir die Generalversammlung in Kassel.**

tigten, ebenso die Garn- und Zeugmanufakturen, später die Posamenten und Goldbortenfabrik mehr Lebensfähigkeit. Noch im Jahre 1767 berichtet dr Geschichtschreiber von einer beträchtlichen Wollenmanufaktur, des weiteren wird mitgeteilt, daß Plüsche, Kaffa, allerhand wollene Zeuge, Serges, Flanelle, Estamine und Rasche, desgleichen Strümpfe hergestellt und mit großem Vorteil vertrieben werden. Die Anlage einer feinen spanischen Tuchfabrik im Jahre 1765 findet neben der Errichtung einer Glanzleinen und gedruckte Leinenfabrike Erwähnung. Auch den Seidenbau suchte man zu fördern. Es sind sehr viele Maulbeerbäume zur Unterhaltung der Seidenwürmer gepflanzt. Noch heute führt eine Straße den Namen Maulbeerplantage. Diese Industriezweige sind aber bis auf ganz kümmerliche Reste im Laufe der letzten 100 Jahre verschwunden und ein neuer Zweig der Textilindustrie hat sich in den Vordergrund geschoben: Die Segeltuchindustrie. Die Kasseler Segeltuchindustrie hatte Weltruf erlangt. Ihre Entwicklung war bis zum Jahre 1914 begünstigt insofern, daß sie sehr selten Konjunkturschwankungen unterlag. Die Kasseler Segeltuchindustrie war in erster Linie Lieferant für Heer und Marine, Eisenbahn und Post und für die Industrie. Der Staat war ein zahlungsfähiger Kunde, und das dauernde Wettrüsten zu Wasser und zu Lande brachte immer neue Aufträge herein. Auch das Ausland war im umfangreichen Maße Abnehmer Kasseler Textilerzeugnisse. Der Zusammenbruch vom November 1918 und in weiterer Folge der Abbau des deutschen Militarismus zwingen auch die Kasseler Textilindustriellen zur Umstellung. Viele Schwergewebe sind ausgeschieden und müssen leichteren Artikeln Platz machen. Das letzte Jahr war für die Textilarbeiterschaft eines der schwersten. Zum Teil mehr als ein Jahr Kurzarbeit zwang die Arbeiterschaft zu den größten Opfern. Die Kasseler Unternehmer sind nicht zimperlich, sie verstanden es bisher mit Erfolg, alle Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Oft hat die Arbeiterschaft den Kampf mit dem Textilunternehmertum aufnehmen müssen und im harten und zähen Ringen ihren Mann gestanden. Wer die Sicherungen der Unternehmer kennt, weiß, daß jede Verbesserung für die Lebenshaltung abgerungen werden muß.

Die Kasseler Textilarbeiterschaft hofft, daß der Verlauf der Verhandlungen auf dem 15. Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes zur Stärkung des Gesamtverbandes führen möge und ruft allen Delegierten ein

herzlich Willkommen in Kassel zu!

Michael v. d. Meulen †.

Am 14. März verstarb nach kurzer Krankheit infolge Herzlähmung unser alter Kollege und längjähriger Angestellter der Filiale Ulm, Michael v. d. Meulen. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Mitarbeiter innerhalb unserer Organisation. Michael v d. Meulen gehört zu denjenigen Kollegen, die die Organisation aus ihren kleinsten Anfängen heraus aufgebaut haben. In zäher aufopferungsvoller Mitarbeit hat er für die Organisation das Beste geleistet und das Beste ihr gegeben. Die Tätigkeit des Kollegen Michael v. d. Meulen verdient die vollste Anerkennung. Seiner Bescheidenheit und seines großen Wissens wegen, die ihn auszeichneten, galt er als ein leuchtendes Vorbild für die Mitglieder des Verbandes. **Wir werden sein Andenken in Ehren halten.**

Die Streikbewegung in der Krefelder Textilindustrie.

Heinrich Kassner.

Der verflossene Streik in der Krefelder Textilindustrie steht im engen Zusammenhang mit Einführung von sogenannten Gold- und Festmarklöhnen, die einen wesentlichen Lohnabbau im Gefolge hatten. Das eigentliche Kampfobjekt, die Erhaltung des Achtstundentages, wurde lediglich durch außenstehende Kreise, und zwar von den Kommunisten, Syndikalisten, Erwerbslosen und den im Kampfe um die Erhaltung des Achtstundentages stehenden Metallarbeitern in den Vordergrund der Beratungen gedrängt.

Tatsache ist, daß eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit über 48 Stunden für die Krefelder Textilindustrie nicht akut war, daß im Gegenteil die Vertreter der Arbeitgeberverbände wiederholt erklärten, daß sie wohl der Auffassung wären, im Interesse des Wiederaufbaues der deutschen Industrie die Verlängerung der Arbeitszeit für notwendig zu erachten, **daß jedoch derzeit für die Krefelder Seidenindustrie die Verlängerung der Arbeitszeit nicht geplant sei.**

Die Einführung der Goldlöhne, die ab 5. Dezember 1923 ohne Zustimmung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erfolgte, bedrohte die Existenzfähigkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der im Akkord Beschäftigten aufs schwerste. Die Arbeitgeber boten für den Schwarzfärber als Stichmann 35 Pf. Das ist 66 Proz. des Friedenslohnes, während von seiten der Arbeitnehmerverbände der Friedenslohn 53 Pf. als das äußerste gefordert wurde. Später wurde diese Forderung nach Maßgabe der überteuerten Lebenshaltungskosten auf 60 Pf. pro Stunde erhöht. Der Schlichtungsausschuß, zur Schlichtung dieser Differenzen angerufen, setzte durch Schiedsspruch den Stundenlohn auf 44 Pf. fest. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Seiten abgelehnt, die Arbeitgeber legten einen Stundenlohn von 42 Pf. fest. Alle Verhandlungsmöglichkeiten waren erschöpft, die Konjunktur war äußerst schlecht, überdies standen wir in den Weihnachtsfeiertagen, die eine Kampfesstimmung innerhalb der Arbeiterschaft nicht aufkommen ließ. Nach wiederholtem energischen Drängen konnten wir die Arbeitgeber trotzdem veranlassen, zu den eingeführten Löhnen Zuschläge von 20 bis 30 Proz. zu zahlen.

Wie bereits erwähnt, wurden die Akkordarbeiter durch die Einführung der Goldlöhne am schwersten betroffen. In den Stoffwebereien werden die Akkorde nach der Friedensakkordliste, die 30 Proz. beaufschlagt, verrechnet. Von diesen errechneten Akkordlöhnen wurden nur 40 Proz. ausgezahlt, was 52 Proz. des Friedenslohnes ergibt. Zwei Stuhlweber, die in der Vorkriegszeit 28 bis 30 Mk. verdienten, erzielten im Höchstfall 18 bis 20 Mk. pro Woche. Die tiefgehende Unzufriedenheit die sich der Arbeiterschaft bemächtigte, bildete den Resonanzboden, auf dem die kommunistische und syndakalistische Generalstreikparole unter dem Vorwande der Erhaltung des Achtstundentages einen ausgezeichneten Nährboden fand. Zu Neujahr fand in Rheinhausen eine Konferenz statt, die unter syndikalistischem und kommunistischem Einfluß den Generalstreik für Rheinland und Westfalen proklamierte. Wer diese Konferenz einberufen, welche Personen vertreten und wer die Kosten dieser Konferenz bezahlte, ist heute noch in tiefes Dunkel gehüllt. Einige Tage nachher faßten die Düsseldorfer Betriebsräte ebenfalls einen Generalstreikbeschluß, und bereits am 3. und 4. Januar 1924 wurden durch Stoßtrupps, gebildet aus Krefelder Erwerbslosen, 14 Textilbetriebe stillgelegt. Ein Aufruf, ausgehend von der Rheinhausener Konferenz und mißbräuchlich mit den Unterschriften von Zentralverbänden versehen, forderte zum Generalstreik auf. Eine Textilarbeiterversammlung sowie eine Mitgliederversammlung derselben in der Stadthalle, einberufen von der Ortsverwaltung zu denen sich die Erwerbslosen und Metallarbeiter **gewaltsamen Eingang verschafften, wurden von** Kommunisten und Syndikalisten zur Propagierung des Generalstreiks benutzt. Unsere vorgeschlagenen taktischen Maßnahmen, in der Arbeitszeitfrage die Arbeitgeber an uns herantreten zu lassen, betreffs der Lohnfrage die einsetzende gute Konjunktur in den Färbereien und Stoffwebereien zur Verbesserung der Lohnverhältnisse auszunutzen, fanden durch den in Aussicht gestellten Generalstreik keinen Anklang.

Sonntag, den 6. Januar 1924, tagte eine kombinierte Betriebsräteversammlung der Textilindustrie, die nach sechsstündiger stürmischer Tagung, nach Ablehnung der zentralgewerkschaftlichen Vorschläge, folgenden einstimmigen Beschluß faßte:

„Die am 6. Januar 1924 tagende Konferenz aller Textilarbeiterbetriebsräte faßt folgenden Beschluß:

Die Gewerkschaften sollen beim Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie beantragen, daß über die allgemeinen Bestimmungen des Tarifvertrages vom 4 Juli 1922 ein besonderer Nachtrag mit Gültigkeit vom 1 Januar 1924 geschaffen wird. Es wird beantragt, daß nachfolgende zwei Bestimmungen in den Nachtrag mit aufgenommen werden:

1. Die Bestimmung b des Tarifvertrages vom 4. Juli 1922: Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden für die Woche. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit werden mit dem Arbeiterrat vereinbart.

2. Die Bestimmung 11 des Tarifvertrages vom 4. Juli 1922: Ferien: Für das Jahr 1924 werden 6 Arbeitstage Ferien gewährt, die zum tariflichen Zeitlohn vergütet werden."

Montag, den 7. Januar 1924, wurde den Arbeitgeberverbänden mittels Schreiben obiger Beschluß mitgeteilt.

Achtung, Beitragsleistung!

Entsprechend den Beschlüssen des Verbandsbeirats sind ab 1. April die Beiträge entsprechend den Veröffentlichungen in Nr. 7 des „Textilarbeiters" einzuheben. Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, den Beiratsbeschlüssen entsprechend zu handeln. Soweit die Beiratsbeschlüsse unbeachtet bleiben und niedrigere Beiträge gezahlt werden, verlieren die Mitglieder jedes Anrecht auf Unterstützung. Wir bitten, dies besonders zu beachten.

Die Beitragsleistung wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen, ist für den Verband eine Lebensfrage. Ohne entsprechende Beitragsleistung ist die Kampffähigkeit der Organisation in Frage gestellt. Eine Organisation aber, die nicht kampffähig ist, hat keine Existenzberechtigung. Der Beirat war deshalb verpflichtet, die Beitragsleistung einer Neuregelung zu unterziehen und kam zu den bereits veröffentlichten Beschlüssen. Die Mitglieder sind deshalb in ihrem eigenen Interesse verpflichtet, der Organisation zu geben, was der Organisation ist. Nur Opfermut und Opfersinn der Mitglieder wird die Organisation der Textilarbeiter, den Deutschen Textilarbeiter-Verband, wieder aufzurichten vermögen und aus ihm eine scharfe und schneidige Waffe schmieden, die die Textilarbeiterschaft im Wirtschaftskampf wirksam zu unterstützen in der Lage ist.

Der wirtschaftliche und kulturelle Aufstieg der Textilarbeiterschaft Deutschlands ist nur gegeben durch einen finanziell starken Textilarbeiter-Verband. Deshalb kräftigt und stärkt Eure Organisation!

Den 8. Januar 1924 erhielten wir folgende Zuschrift:

Wir haben von Ihrem Schreiben Kenntnis genommen. Leider ist es uns nicht möglich, innerhalb so kurzer Zeit zu einer Erörterung dieser Fragen mit Ihnen in Verhandlung zu treten. Diese Fragen sind überdies innerhalb unseres Verbandes noch gar nicht erörtert worden. Maßgebend werden für uns jedenfalls die rechtlichen Bestimmungen sein. Wir bedauern daher, Ihrem Wunsche nicht stattgeben zu können. Die Erörterung muß auf eine Zeit vertagt werden, in der in den zurzeit unübersichtlichen Verhältnissen eine gewisse Klärung eingetreten ist.

Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie J. V.
gez. Dr. Roglau.

Die am 8. Januar 1924 im Lokale Kühler tagende Betriebsräteversammlung faßte, nachdem über die Antwort der Arbeitgeber berichtet war, den Beschluß, Mittwoch, den 9 Januar, in den Streik zu treten. Diesem Beschluß leisteten sämtliche Betriebe Folge.

Der Ortsausschuß des ADGB. hatte für den 10. Januar 1924 eine Vollversammlung der Betriebsräte einberufen. Diese Vollversammlung beschloß mit überaus großer Majorität den Generalstreik. Den noch nicht im Streik stehenden Branchen wurde behufs Durchführung des Streiks eine zweitägige Frist gegeben. Sämtliche Branchen kamen diesem Beschluß nach, bis auf die Transportarbeiter und das städtische Personal, die nach den Bestimmungen des Rheinlandabkommens den Anordnungen der Besatzungsbehörden unterstellt sind.

Den 13. Januar 1924 tagten die Delegierten des ADGB. für Krefeld und Umgebung, die nach eingehender Beratung zu dem Entschluß kamen, im Interesse der Arbeiterschaft sich an der Führung des Streiks zu beteiligen. Die alleinige Führung des Streiks durch die Zentralverbände wurde abgelehnt, da man die Propagandisten des Generalstreiks, die Kommunisten und Syndikalisten, von jeder Verantwortung entlastet hätte. Es folgte hierauf die Bildung des Zentralstreikausschusses, sowie der Berufsstreikleitungen, die aus allen Organisationsrichtungen, mit Ausnahme der Christen, zusammengesetzt waren. Für den Zentralausschuß wurde eine der brennendsten Aufgaben die Unterstützung der bedürftigsten Streikenden.

Die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes ließen schon vor Ausbruch des Streiks keinen Zweifel aufkommen, daß eine Finanzierung des Streiks durch den Verband nicht in Frage kommen könne und daß der Kampf durch eigene Kraft geführt werden muß. Demgegenüber wurden von den Kommunisten und Syndikalisten große Hoffnungen auf die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft erweckt und daß die Erwerbslosen im Besitze großer Lebensmittelvorräte wären, die den Streikenden zur Verfügung gestellt würden. Der Zentralausschuß wählte eine Ernährungskommission, die, in ihrer großen Majorität zusammengesetzt aus Vertretern gegnerischer Organisationen, die großzügig gemachten Versprechungen erfüllen sollte. Diese Unterstützungsaktion hat Schiffbruch gelitten, da im Verhältnis zur Zahl der Streikenden die vorhandenen Mittel, trotz gebrachter Opfer der Erwerbslosen, zu gering waren.

Nach Ausbruch des Streikes bot Beigeordneter Herr Dr. Stepkes als Vertreter der Stadtverwaltung seine Vermittlung behufs Beilegung der Differenzen an, die von beiden Parteien angenommen wurde. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Verhandlungen, in denen Herr Oberbürgermeister Dr. Johannsen, leider zuungunsten der Arbeiterschaft, eingriff, führten ebenfalls zu keiner Verständigung.

Nun folgte eine Woche der Untätigkeit, die, ausgefüllt mit Beratungen innerhalb der Streikleitungen, die Unfähigkeit der radikalen Elemente, Bewegungen zu führen, klar zutage treten ließ. Der in Aussicht gestellte Generalstreik hatte sich nicht verwirklicht. In Krefeld selbst waren einzelne Branchen bereits abgesprungen und hatten nach getätigten Verträgen mit den Arbeitgebern die Arbeit bereits aufgenommen. In Düsseldorf wurde der Generalstreik nicht durchgeführt. Essen, Solingen hatte abgeblasen, in M.-Gladbach kam der Streik überhaupt nicht vollständig zustande, Viersen arbeitete, lediglich Süchteln, Oedt, Grefrath und Lobberich schlossen sich dem Krefelder Streik an. In dieser Woche, 21. bis 26. Januar 1924, **wurde von der Verbandsleitung des Deutschen Textilarbeiter**verbandes die Vornahme einer geheimen Urabstimmung in Vorschlag gebracht, sie wurde jedoch von der Berufsstreikleitung abgelehnt. Währenddem fanden die Verhandlungen in Barmen zur Beilegung der dortigen Differenzen statt, von denen man große Erwartungen hegte. Die im Wuppertal vorgenommene Urabstimmung, die eine überwältigende Majorität für Weiterstreiken ergab, stärkte die Kampfeslust der Krefelder Arbeiterschaft. Die am 4. Februar 1924 stattgefundenen großen Branchenversammlungen standen unter dem Eindruck der Wuppertaler Abstimmung, ein einheitlicher Wille für Weiterführung des Kampfes trat in allen diesen Versammlungen zutage. Als dann in Barmen alle Verhandlungsmöglichkeiten durch den Schiedsspruch des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums erschöpft, wurde seitens der Berufsstreikleitung in Krefeld dem Vorschlage der Verbandsleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, den Schlichter Schneider in Köln behufs Fällung eines Schiedsspruches anzurufen und über diesen Schiedsspruch eine Urabstimmung vorzunehmen, zugestimmt. Montag, den 18. Februar 1924, fällte Amtsgerichtsrat Dr Schneider aus Köln nach sechsstündiger, resultatlos verlaufener Verhandlung einen Schiedsspruch, nach welchem: Die wöchentliche Arbeitszeit grundsätzlich 48 Stunden beträgt und die eine Mehrarbeit bis zu 8 Stunden in der Woche zuläßt. Ueberstundenzuschläge werden erst von der 55 Stunde ab bezahlt. Der Lohn für die Schwarzfärber als Stichmann wird auf 51 Goldpfennig festgesetzt.

Dieser Schiedsspruch bedeutete lediglich die Sanktionierung des von den Arbeitgebern vertretenen Standpunktes in der Arbeitszeitfrage und ließ lediglich den Weg offen, auf dem Verhandlungswege in den übrigen strittigen Fragen noch das Bestmöglichste herauszuholen oder den Kampf bis zum Weißbluten weiterzuführen.

Zwecks Aufklärung der Arbeiterschaft fanden Mittwoch, den 20. Januar, neuerdings Branchenversammlungen statt, in denen die Situation einwandfrei geschildert und der gefällte Schiedsspruch erläutert wurde. Die am folgenden Tage, den 21. Februar, vorgenommene geheime Urabstimmung zeitigte folgendes Resultat:

	in Krefeld
Es stimmten für Aufnahme der Arbeit	4028
Es stimmten für Weiterstreiken	3344
	in den ländl. Orten
Es stimmten für Aufnahme der Arbeit	5618
Es stimmten für Weiterstreiken	4823

Recht interessant ist, daß in der radikal veranlagten Veredelungsindustrie sich eine Zweidrittelmajorität für Aufnahme der Arbeit, in den Stoffwebereien hingegen, die hauptsächlich von Frauen und Mädchen beherrscht werden, eine Zweidrittelmajorität für Weiterstreiken entschied. Das Gesamtresultat ergab für Aufnahme der Arbeit eine Majorität von 1479 Stimmen. Auf Grund dieser Abstimmung war für jeden einsichtigen Menschen, der es nicht auf einen vollständigen Zusammenbruch ankommen lassen wollte, der Streik erledigt.

Die hierauf am 22. und 23. Februar einsetzenden weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden über die Manteltarife und Fachgruppentarife brachten uns für die Samtwebereien wesentliche Verschlechterungen im Garantielohnsystem sowie der Vergütungen bei Betriebsstörungen. In der Veredelungsindustrie mußten wir die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage preisgeben und einer wesentlichen Erhöhung der Produktion unsere Zustimmung geben. In den übrigen strittigen Fragen, Ferien, Betriebsstörungen, Vergütung bei Stillstehen des zweiten Stuhles in den Stoffwebereien, Krisenstimmung in den Bandwebereien, konnten wir die bestehenden Bestimmungen, teilweise verbessert behaupten. In der Akkordregelung für die Bandwebereien und Zeugdruckereien wurde ebenfalls eine Einigung erzielt, während die Akkordverrechnung in den Stoffwebereien weiter Anlaß zu Differenzen gibt. Nachdem die Tarife getätigt wurden, am 28 Februar 1924 die Betriebe geöffnet. In der Veredelungsindustrie sowie in den Samtwebereien wurden zirka 700 Arbeiter und Arbeiterinnen vorläufig nicht eingestellt. Die Einstellung dieser Außenstehenden soll etappenweise, wie die Arbeit zunimmt, erfolgen. Leider haben die Arbeitgeber auch Maßregelungen vorgenommen. Betriebsratsvorsitzende und Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kollegen und Kolleginnen die niemals im Rufe des Radikalismus gestanden, sondern ruhig und besonnen für die Interessen der Arbeiter wirkten, wurden unbarmherzig auf die Straße gesetzt. Die Zahl der noch ausstehenden Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes beträgt zirka 380, unter denen sich allerdings eine Anzahl Frauen befinden, die für absehbare Zeit nicht mehr in die Betriebe kommen dürften. Was den Arbeitgebern früher nicht möglich war, nämlich die Abstoßung der überflüssigen und ihnen unbeliebten Elemente, erreichten sie durch diesen Streik in spielender Weise.

Zum Schluß erscheint es dringend geboten, die taktische Einstellung der Kommunisten und eines Teiles der Syndikalisten betr. Beendigung des Streikes zu schildern. Mit allen Mitteln, auch mit denen der Gewalt, wurde unsere Textilarbeiterschaft in den Streik gezerrt. Als die Kommunisten und Syndikalisten nach längerer Dauer des Streiks selbst zu der Ueberzeugung kamen, daß an eine siegreiche Beendigung des Streikes nicht zu denken sei, wurde von den Kommunisten eine wüste Hetze gegen den ADGB. und die reformistischen Gewerkschaftsführer in Szene gesetzt und unter der Masse der Eindruck erweckt, als wenn diese Verräter und Verbrecher an den Interessen der Arbeiterschaft wären. Der Führer der Kommunisten, nach vierwöchigem Streik vor die Frage gestellt, ob er die Verantwortung für den Zusammenbruch des Streikes übernehmen könnte, erklärte: Nein! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bis zum endgültigen Siege gekämpft werden muß. Entweder siegen oder unterliegen. Bricht die Geschichte zusammen und laufen die Leute in die Betriebe hinein, dann sind nicht wir, sondern diejenigen schuld, die Streikbrecher geworden sind.

Höher gehängt muß auch folgendes werden. Die Kommunisten und Syndikalisten bekämpfen die sogenannte Arbeitsgemeinschaft, d. h. jedes Verhandeln mit den Arbeitgebern. Schon zu den ersten Verhandlungen, die zu Beginn des Streikes stattfanden, drängten sich Kommunisten und Syndikalisten an den Verhandlungstisch und zeigten das Bestreben, sich mit den Unternehmern an einen Tisch zu setzen. Ihr dringendster Wunsch, „verhandlungsfähig zu werden", ging leider nicht in Erfüllung, da die Arbeitgeber nur mit Vertragskontrahenten, nämlich mit den Zentralgewerkschaften, verhandeln wollten. Die von der Krefelder Textilarbeiterschaft so heiß ersehnte und zu Beginn des Streikes in allen Tonarten besungene Einheitsfront der Arbeiterschaft hat elend Schiffbruch gelitten. Auch dieser sogenannten Einheitsfront war es nicht möglich, den Kampf erfolgreich zu beenden, und nur der klaren zielbewußten Arbeit der Zentralgewerkschaften ist es zu verdanken, daß ein völliger Zusammenbruch des Streikes verhindert werden konnte. Hoffentlich wird unsere Textilarbeiterschaft aus diesem Kampfe die nötige Lehre ziehen und nach Ueberwindung der seelischen und moralischen Zerrüttung den Weg wieder dorthin finden, wo seine Interessen am besten bewahrt wurden, nämlich im Deutschen Textilarbeiterverband.

Frauenteil.

Notwendigkeit der Mitarbeit weiblicher Mitglieder.

Wir stehen seit Jahren in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht unter dem Eindruck weltumstürzender Ereignisse. Wir sehen um uns den nahezu zur höchsten Vollkommenheit entwickelten Kapitalismus, zusammengefaßt in Kartellen, Trusts und Syndikaten.

Es lag von jeher im Wesen des Kapitalismus, sich in immer steigendem Maße der weiblichen Arbeitskraft zu bedienen. Wie auf einem Schachbrett die Figuren im Spiel hin und her geschoben werden, so werden die Arbeiterinnen gemäß steigenden oder sinkenden Geschäftsganges in die Betriebe hineingezogen oder hinausbefördert. Sie stellen zeitweilig ein starkes Kontingent der industriellen Reserve-

armee, einer üblen Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktion. Die Schwankungen in der Zahl beschäftigter Frauen und Mädchen liegen im System dieser Produktionsweise, die nicht für den Bedarf der Bevölkerung, sondern für die Mehrung des Reichtums einer dünnen Oberschicht der Gesellschaft arbeitet. Die Zahl erwerbstätiger Frauen und Mädchen ist in der Industrie in ständigem Steigen begriffen. Ohne die weibliche Arbeitskraft ist die moderne Produktion überhaupt nicht denkbar.

Von allen Industrien weist die deutsche Textilindustrie die Höchstzahl beschäftigter Arbeiterinnen auf. Sie beträgt ⅔ der Gesamtheit der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiterschaft. Davon sind rund 46 000 verheiratete oder verheiratet gewesene, die insgesamt 47 854 Kinder zum Teil oder völlig allein zu versorgen haben. Damit ist die besondere Stellung, welche die Arbeiterin in der Textilindustrie einnimmt, klar gekennzeichnet. Hat das Unternehmertum dieser Industrie jemals Wert darauf gelegt, die weibliche Arbeitskraft durch bessere Arbeitsbedingungen vor frühzeitiger Verwüstung zu schützen? Im Gegenteil, das Unternehmertum hat dem Bedürfnis nach sozialen Gesichtspunkten geregelter Arbeitsbedingungen der zum großen Teil aus verheirateten Frauen und Müttern bestehenden weiblichen Beschäftigten bewußt verständnislos gegenübergestanden. Es scherte sich den Teufel darum, daß der weibliche Mensch noch andere Aufgaben im Volksganzen zu erfüllen hat, als lediglich dem Unternehmer Profit zu schaffen. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, als der Zustrom der Arbeiterinnen zur Industrie stärker und stärker wurde, hat die Organisation alles darangesetzt, die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen zu bessern, die Arbeitszeiten zu regeln, den besonderen Schutz der Arbeiterin auch als Mutter von der Gesetzgebung zu fordern und auch durchzusetzen verstanden. Damals hatte die Arbeiterin noch keinen anderen Schutz als ihre Organisation. Im Rahmen derselben hatte sie aber genau die gleichen Rechte und Pflichten wie der Mann. Daß sie diese Rechte nicht immer erkannte, sich nicht für sie einsetzte in dem Maße, wie ihr Interesse es erforderte, sondern sich immer auf andere verließ, lag in der jahrtausendealten Knechtung und Unterdrückung des weiblichen Geschlechts begründet. Nur langsam, allmählich, durch die Einbeziehung in den Produktionsprozeß begann sich eine Wandlung zu vollziehen, begannen die Arbeiterinnen aus ihrer Zurückhaltung und aus ihrer Gleichgültigkeit herauszutreten. Diese Wandlung fand ihren Ausdruck in dem Beitritt zu den Gewerkschaftsorganisationen.

Zur bewußten Mitarbeit an der Gestaltung der Verhältnisse, beim Wiederaufbau der Wirtschaft und Neugestaltung der Gesellschaft haben sich nur erst wenige durchgerungen. Und doch stehen die Arbeiterinnen inmitten dieser Entwicklung, um sich ihren Platz zu erobern. Nicht mehr rechtlos wie früher, sondern ausgestattet mit allen staatsbürgerlichen Rechten, als gleichberechtigte Staatsbürgerin.

Es hat eines langen Weges der Entwicklung und des Kampfes bedurft bis zu diesem Zeitabschnitt, der den Frauen die Möglichkeit schöpferischer Betätigung in Staat und Gesellschaft erschloß. Wollen wir diesen Entwicklungsgang und damit die Leidenszeit des weiblichen Teiles der Bevölkerung noch einmal rückschauend betrachten.

Die Rechtlosigkeit der Frau, durch die ganze Geschichte der Menschheit fortbestehend, hat diese an der Entwicklung zur Selbständigkeit behindert. Auf den niedrigsten Kulturstufen der Menschheit lediglich „Arbeitstier" für den noch arbeitsunlustigen Mann, mußte sie auch noch auf höheren Entwicklungsstufen jede schwere und unangenehme Arbeit verrichten. Darin findet auch wohl die bis in die Neuzeit hineinreichende Verachtung der Frauenarbeit ihre Erklärung. Geschlechtlich und wirtschaftlich dem Manne versklavt, nur als Arbeitskraft und Mutter seiner Kinder einen gewissen Schutz durch ihn genießend, schritt die Frau als Unterdrückte und Rechtlose durch die Geschichte. Es mußten erst die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen werden, um sie aus ihrer Gebundenheit heraus zuheben, ihr die Anerkennung ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben zum Bewußtsein zu bringen. Diese Voraussetzungen traten ein durch die Umgestaltung der Wirtschaftsformen.

War die Frau in der geschlossenen Hauswirtschaft neben ihrer schon genannten Versklavung auch rechtlich unter die Gewalt des Mannes gestellt, so ist doch nachgewiesen, daß die einsetzende Zerbröckelung dieser Produktionsmethode dazu führte, der Mannesgewalt gewisse Schranken zu setzen. Denn in derselben Epoche, wo die Frau, rein ökonomisch gewertet, beginnt, hinter den ihr an physischer Leistungsfähigkeit im Produktionsprozeß überlegenen Mann in den Schatten zu treten, beginnt ihre rechtliche und sittliche Lage ihm gegenüber zu steigen. Es ist also nicht allein das Steigen und Fallen des ökonomischen Nutzwertes der Frauen der entscheidende Faktor für die Anerkennung ihrer Persönlichkeitsrechte, sondern die ökonomische Lage der Frauen in der jeweiligen Wirtschaftsepoche. Das tritt schon zur Zeit des zünftlerischen Handwerks in Erscheinung. In dieser Produktionsepoche war zwar für die Frauen noch eine sehr vielseitige wirtschaftliche Tätigkeit vorhanden. Doch neben dieser halfen die Frauen und Töchter neben Gesellen und Lehrlingen dem Manne (Meister) bei seiner Arbeit, oft waren sie sogar seine einzigen Hilfskräfte. Solange die Arbeit des Mannes noch den Charakter der Heimarbeit trug, Wohnung und Werkstatt sich unter einem Dache befanden, vertrug sich die gewerbliche Frauenarbeit der damaligen Zeit, die sich in der „Häuslichkeit" vollzog, weit besser mit den Gattungsfunktionen der Frau als die moderne Fabrikarbeit. Und dennoch fand trotz ihrer vielfachen Verwendungsmöglichkeit schon zu jener Zeit ein großer Teil der Frauen keinen Platz mehr im Familienhaushalt. Die Zahl der im Lebenskampf auf sich allein angewiesenen Frauen war eine sehr große. Das Recht auf Arbeit wurde ihnen durch die zünftigen Gewerbe streitig gemacht. Im Kampf ums Dasein bereiteten ihnen die Zunftordnungen der Meister starke Hemmnisse. Sie wollten sie nicht als Gleichberechtigte anerkennen. Von den Gesellen wurde die Gegnerschaft so weit getrieben, daß sie sich weigerten, mit Frauen zusammenzuarbeiten. Diese Gegnerschaft hatte ihren natürlichen Grund darin, daß die Frau als gehaßte Konkurrentin auftrat und als solche bekämpft wurde, um allmählich aus dem zünftigen Handwerk ganz verdrängt zu werden.

Die Zeiten des Frühkapitalismus wurden zum Martyrium für die Frauen, die, Beschäftigung suchend, in die Fabriken gingen. Als Lohndrückerinnen wurden sie gegen den Mann verwendet. Die allgemeine Lohnsenkung führte immer neue Frauenmassen in das Erwerbsleben, die Zerrüttung des Familienlebens der arbeitenden Schichten wurde durch die außerhäusliche Beschäftigung in überlangen Arbeitszeiten beschleunigt. Die Einführung der Maschinen verschlimmerte diese Zustände. Sie zog neben der Frau auch noch Kinder in die Fabriken, die Volkskraft systematisch unterhöhlend, zur Mehrung des Reichtums weniger. Die Arbeiterschaft beginnt, sich in organisatorischem Kampf gegen ihre Unterdrücker zur Wehr zu setzen. Sie beschreitet den Weg der Selbsthilfe, sie schuf sich ihre Organisationen. Diesen standen die Arbeiterinnen zunächst, wenn nicht feindlich, so doch gleichgültig oder verständnislos gegenüber. Im gleichen Maße als die Organisationen die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen besserten, stieg auch das Interesse für dieselben.

Die Frauen sind wie wir gesehen haben, aus dem Dunkel der Geschichte heraufgestiegen. Ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben hat dazu geführt, daß man die Rechtlosigkeit von ihnen nehmen mußte. Nun haben sie zu zeigen, daß sie gewillt sind, diese Rechte zu nutzen um ihrer selbst willen und zum Segen für die Gesamtheit der Arbeiterschaft. Unser Verband besteht zu zwei Drittel aus weiblichen Mitgliedern. Die Kämpfe um die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft als Klasse werden von ihm geführt. Solange die Arbeiterin rechtlos war, sind alle durch die Organisation herbeigeführten Verbesserungen im Arbeitsverhältnis hinsichtlich Entlohnung, Arbeitsdauer und Arbeiterinnenschutz sehr häufig gegen den Willen der Arbeiterinnen durchgeführt worden. Es kann aber für die Dauer nicht angehen, daß die Arbeiterin sich weiter bevormunden läßt. Das verträgt sich nicht mit ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit im Volksganzen. Sie muß sich am Aufstieg ihrer Klasse bewußt beteiligen, das ist ihre Pflicht gegenüber der Gesamtheit. Denn heute kann die Arbeiterin einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses ausüben auf Grund des bestehenden Gesetzes. Das Gesetz gibt ihr das Recht, als Betriebsrat auf die Gestaltung der Betriebseinrichtungen, Löhne, Regelung der Arbeitszeiten usw. hinzuwirken. In den Arbeitsnachweisen sollen laut Gesetz in allen Instanzen Arbeiterinnen mitwirken. Daß Arbeiterinnen dabei mitwirken, ist von besonderer Bedeutung für die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte. Sie haben die Möglichkeit in Tarifkommissionen, Schiedsgerichten und Schlichtungsstellen mitzuwirken aber das Interesse für die Bedeutung solcher Tätigkeit geht den meisten noch ab. Rechtsprechung bei den Gewerbegerichten, Mitwirkung bei der Gewerbeaufsicht, die nach Bewährung unter gewissen Voraussetzungen zur staatlichen Anstellung führen kann, sind durch Gesetz Tätigkeitsgebiete für Arbeiterinnen geworden, sofern sie dazu geeignet und befähigt sind. Sind sich die Arbeiterinnen bewußt, wie sehr sie die Arbeiterbewegung schädigen, wenn sie solcher Wirksamkeit fern bleiben?

Bis jetzt haben sich die Arbeiterinnen in ihrer Mehrzahl um diese Dinge noch wenig gekümmert. Soll und darf das so bleiben?? Nein!! Die Arbeiterin muß lernen, daß Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit die schlimmsten Feinde jeden Fortschritts, jeder Aufwärtsentwicklung sind. Nur wenige haben bisher begriffen, was sie ihrer Klasse, was sie der gesamten Arbeiterschaft schuldig sind. Die Organisation hat in den Arbeiterinnenkommissionen Einrichtungen geschaffen, die den Arbeiterinnen die Möglichkeit der Mitarbeit innerhalb der Organisation schaffen und auch das dazu erforderliche Wissen vermitteln. Die Welle der Inflation hat diese Tätigkeit vorübergehend unterbrochen. Es nützt nichts sich mit allem abzufinden, was die jetzt wieder erstarkte Reaktion der Arbeiterschaft an Verschlechterungen geboten hat. Die Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen gegenüber allem, was außer dem Lohn mit dem Arbeitsverhältnis in Verbindung steht, wird mit in Rechnung zu stellen sein, daß die Macht der Unternehmer wieder so gestiegen ist. Es muß deshalb alle Kraft daran gesetzt werden, die Arbeiterinnen ihrer Gleichgültigkeit zu entreißen und sie zu schulen für die Kämpfe, die der Arbeiterklasse bevorstehen. Dazu ist die Mitarbeit im Rahmen der Organisation notwendig, die bei den jetzt wieder stabileren Verhältnissen erneut aufgenommen werden muß, wo sie vorübergehend eingestellt wurde. Viel zu lange für die Entwicklung der Menschheit standen die Frauen abseits. Es muß Aufgabe aller fortgeschrittenen Kolleginnen und Kollegen sein, die Zurückgebliebenen zu fördern, ihnen behilflich zu sein, um zu erkennen, was für die Arbeiterschaft als Klasse von der tätigen Mitarbeit der Arbeiterinnen abhängt. Zu dieser Aufgabe müssen sich alle zusammenfinden. Ihre Lösung ist das für die Entwicklung wichtigste, denn sie macht den weiblichen Teil der Bevölkerung reif für die Aufgaben, die der Arbeiterschaft bei der Umgestaltung der Gesellschaft harren.

Jugendbewegung.

Die kulturellen Aufgaben.

Wir haben bereits in der letzten Nummer des „Textilarbeiters" darauf hingewiesen, daß nunmehr mit neuem Eifer die Jugendarbeit in Angriff genommen werden muß. Dort, wo sich die Gruppen selbständig erhalten haben, sind keine besonderen Schwierigkeiten zu überwinden. Glücklicherweise fehlt es nicht an Jugendabteilungen, die keiner weiteren Anregung bedürfen, sondern denen man lediglich zuzurufen braucht: Wenn ihr weiterhin das tut, was ihr bisher getan habt, dann bleibt wenig zu wünschen übrig. Dort freilich, wo die Gruppe wieder zerfallen ist, muß eine Aenderung eintreten. Ein neuer Führerkern von Jugendlichen ist zu bilden; wiederum muß um die Herzen derer geworben werden, die inzwischen wieder gleichgültig geworden sind. Die Ortsverwaltungen dürfen diese Frage nicht mit Lässigkeit betrachten und behandeln; sie dürfen keine Anstrengung scheuen, um sie fruchtbar zu lösen. Auch erlittene Enttäuschungen dürfen nicht zum Verzicht und zur Tatenlosigkeit verleiten. Mißerfolge berechtigen nicht dazu, den Lauf der Dinge sich selbst zu überlassen, sondern sie verpflichten dazu, die Dinge von einer anderen Seite und mit größerer Tatkraft anzupacken.

Jetzt schon sollen die Vorbereitungen für Wanderungen getroffen werden. Die Wanderziele werden festgelegt, die Leiter der Wanderungen bestimmt. Die teilnehmenden Jugendlichen werden angehalten, für die Wanderung zu sparen; allmählich können Ausstattungsstücke, Konserven und dergleichen angeschafft werden.

So anzehend nun freilich die Wanderungen sein mögen, so darf doch nicht vergessen werden, daß unsere Jugendbewegung eine kulturelle Bewegung ist. Es handelt sich darum, Aufbau-, Fortbildungs-, Vertiefungsarbeit zu leisten. Vortragskurse sind in Erwägung zu ziehen über volkswirtschaftliche, gewerkschaftliche, sozialistische Fragen. Mit tiefer Sorge blicken wir in die Zukunft: Wird unser Arbeiternachwuchs jene kulturelle Höhe festhalten, durch welche die deutsche Arbeiterschaft sich bisher ausgezeichnet hat? Die Aussichten sind trostlos. Kultureller Hochstand gedeiht in der Regel nur in der Atmosphäre einer gewissen Wohlhabenheit; arme Völker sind nahezu stets auch immer ungebildete Völker. Wirtschaftliche und kulturelle Armut gehen häufig Hand in Hand. Gegenwärtig erleben wir, wie das Schulwesen abgebaut wird. Schon das bestehende Schulwesen hatte vor den Augen unserer Kritik nicht standzuhalten vermocht; wir hatten viel daran auszusetzen und es genügte nicht unseren Ansprüchen. Die zahlreichen Arbeiterbildungsveranstaltungen sollten den von uns empfundenen Mängeln abhelfen. Nun aber soll unser Schulwesen nicht einmal in dem von uns bereits als unzulänglich empfundenen Zustand erhalten bleiben. Schulen werden aufgelöst, höhere Schülerzahlen werden festgesetzt, die Schule soll noch mehr als bisher Massenbetrieb, Dressurveranstaltung werden.

Die beklagenswerten Folgen dieser Entwicklung werden aber noch verschärft durch den Umstand, daß die Arbeiterfortbildungsveranstaltungen infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage nicht im alten Umfang aufrechterhalten werden können. Es kommt weiter hinzu, daß die geistige Spannkraft und Aufnahmefähigkeit der Arbeiterschaft großen Schaden erleidet durch die kümmerliche Lebenshaltung und die ausgedehnte Arbeitszeit.

So sehen sich die Dinge an, als wenn die deutsche Arbeiterschaft dazu verurteilt wäre, nicht nur in wirtschaftliche, sondern auch in geistige Not zu versinken. Die Gewerkschaften können hier nicht still und tatenlos zusehen. Sie müssen eingreifen, um den kulturellen Verfall der deutschen Arbeiterschaft zu hemmen. Wenn sie diese Aufgabe aber lösen wollen, werden sie ganz von selbst auf das Gebiet der Jugendbewegung gedrängt. Die Jugend: das ist der bildungsfähige und bildungsbedürftige Teil der Arbeiterschaft. Die Jugend: das ist das neue Geschlecht, das der Träger der Zukunft ist, der Nachwuchs unserer Organisationen.

So schwer die Gegenwart ist, so sehr müssen wir bestrebt sein, in unserer Jugend ein Verständnis für geistige, sittliche, kulturelle Werte zu erzeugen. Zweifellos breitet sich innerhalb des deutschen Volkes eine grauenvolle Stimmung aus: die Stimmung, die durch das Wort gekennzeichnet wird: Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot. Man will den denkbar derbsten Genuß aus dem Augenblick herausholen; man ist überzeugt, daß das Leben überhaupt keinen Sinn und Zweck habe. Der Glaube an die Zukunft entschwindet; das Verantwortlichkeitsgefühl für sich und sein Dasein trocknet aus; die Zigarette, das Kino und der Schnaps gelten weitaus mehr als irgendwelche geistige Werte. Gewinnt diese Stimmung die Herrschaft über unsere Arbeiterjugend, dann bricht das Ende der Arbeiterbewegung an; über kurz oder lang werden die Arbeitermassen dann stumpfe Sklaven sein, ohne Bewußtsein ihrer Lage, ohne Sehnsucht nach Befreiung und Höherentwicklung, ohne Aussicht eines glücklicheren Schicksals.

Es ist Pflicht der Gewerkschaften hier einzugreifen. Dabei mag stets im Auge behalten werden, wie sehr das Buch die geistige Nahrung ist, die das Innenleben pflegt und vertieft. Unser Verband hat eine Buchversandtabteilung, die darauf Wert legt, nur gute Literatur zu vertreiben. Es sollen die Ortsverwaltungen fortlaufend ihre Bücherei vergrößern und die Jugendlichen zur eifrigen Benutzung anhalten.

Erlahmen wir nicht, lassen wir uns nicht von der allgemeinen Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit anstecken. Wir brauchen geistig bewegliche Arbeiter. Tragen wir dazu bei, sie heranzubilden. Unsere Jugendbewegung muß der Quell der Wiedergeburt sein, aus dem heraus die deutsche Arbeiterbewegung frische Antriebe, neue Belebungen erfährt.

Die kommunistische Partei und die Betriebsräte.

Die diesmaligen Neuwahlen der Betriebsräte erhielten durch das wüste Treiben der Kommunisten eine ganz besondere Note. Den von Moskau ergangenen Anweisungen folgend versuchte die KPD., die Betriebsrätewahlen im Interesse ihrer Partei auszuschlachten. Daß sie dabei die von Lenin empfohlenen Methoden anwandte versteht sich von selbst. Durch Verbreitung zahlloser Flugblätter sollten die Massen mit kommunistischem Geist erfüllt und für die Wahl kommunistischer Betriebsräte eingefangen werden. In den Flugblättern wurden die Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale in der unverschämtesten Weise beschimpft und verleumdet. Alle Verbrechen, die die Kommunisten bisher schon an der Arbeiterschaft begangen haben und die es verschuldeten, daß den Arbeitern fast alle Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder entrissen werden konnten, wurden den „Reformisten" in die Schuhe geschoben. Demgegenüber muß doch einmal festgestellt werden, daß die Kommunisten nichts zur Erringung eines die Arbeitnehmerinteressen wahrenden Arbeitsrechts beigetragen haben. Sie haben im Gegenteil alles getan, was die Reaktion stärken, die Arbeiterbewegung aber schädigen mußte. Das ist auch ganz erklärlich. Darf doch die KPD. keine im Interesse der Arbeiterschaft liegende Politik treiben. Das ist ihr von Moskau streng verboten. Die Politik der KPD. verfolgt in gerader Linie nur die außenpolitischen Interessen Sowjetrußlands. Für die KPD. sind die deutschen Arbeiter nur Objekte dieser Politik. Weiter ist zu beachten, daß die Sowjetregierung und die reaktionären Regierungen der übrigen europäischen Länder sich gegenseitig die Bälle zuwerfen. Damit dieses frevelhafte Spiel seine arbeiterschädigenden Wirkungen nicht verfehlt, muß die KPD auf Befehl Moskaus immer wieder Aufstände und Putsche vorbereiten. Auf der einen Seite beunruhigt Sowjetrußland die europäische Bourgeoisie, um sie endlich zur Anerkennung der bolschewistischen Regierung zu zwingen, und auf der anderen Seite gibt sie der internationalen Reaktion die erwünschte Gelegenheit, die Arbeiterschaft zu entrechten und zu unterdrücken. Was dabei aus der Arbeitnehmerschaft wird, ist den bolschewistischen Gewalthabern ganz gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß Sowjetrußland seinen außenpolitischen Zielen Schritt für Schritt näherkommt.

In allen Ländern, in denen die Kommunisten Einfluß erlangten, führten sie die Arbeiterschaft von Niederlage zu Niederlage. In Italien, Frankreich, Ungarn, Deutschland (hier vor allem in Bayern) hat der kommunistische Rätesimmel die Arbeiterbewegung entweder völlig zerschlagen oder so erheblich geschwächt, daß sie nicht mehr imstande ist, den Ansturm der Reaktion erfolgreich abzuwehren. Arm in Arm mit den Inflationsgewinnlern hat die KPD. die deutsche Arbeiterschaft fast um alles gebracht, was Gewerkschaften und VSPD. den Arbeitern in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfen erobert haben. Nach all den furchtbaren Niederlagen, die die KPD. der deutschen Arbeiterschaft schon zugefügt hat, sollen nunmehr auf direkten Befehl Moskaus neue Aufstände und Putsche in Deutschland vorbereitet werden. Die Führer der linken KPD., die Fischer, Maßlow, Scholem, arbeiten mit Feuereifer an dieser neuen noch größeren Niederlage der Arbeiter. Diesmal sind die Betriebsräte ausersehen, als Sturmböcke der KPD. die in Aussicht genommenen Kämpfe und damit zugleich — wie 1920 in Italien — den endgültigen Sieg des Faschismus in die Wege zu leiten.

Die Absichten und das wahre Gesicht der KPD. enthüllt das Rundschreiben, das den kommunistischen Bezirksleitungen kürzlich zugegangen ist und das folgenden Wortlaut hat:

„An alle Bezirksleitungen der KPD.

27. Februar 1924

Werte Genossen!

Die Betriebsrätewahlen in diesem Jahre sind für uns mindestens ebenso wichtig, wie die Reichstagswahlen. Deshalb müssen die Bez. diese Wahlen verantwortlich kontrollieren und durchführen und sie nicht den einzelnen Zellen- oder Gewerkschaftssekretären überlassen. Es kommt bei dieser Wahl darauf an:

1. In den Betrieben die Sozialdemokraten entscheidend zu schlagen.
2. Den steigenden Einfluß der Völkischen in den Betrieben zu brechen.
3. Die kommunistische Partei agitatorisch und vor allem propagandistisch zu vertreten, daß die illegale Partei in den Betrieben wieder voll zur Geltung kommt und ihr Gesicht klar zeigt.
4. Diese Wahlen zur Umstellung unserer Partei auf Betriebszellen und auf Funktionieren der Betriebszellen und Betriebsarbeit auszunutzen.

Deshalb ist es notwendig, daß jede einzelne Bezirksleitung sich ein klares Programm für die Durchführung der Wahlen so schnell wie möglich schafft und die folgenden Grundsätze strikte durchgeführt werden:

a) Keinerlei Kompromiß mit keinerlei Sozialdemokraten.
b) Die Wahlen, die Kandidatenaufstellung und die Listenaufstellung nicht durch Konventikel von Betriebsfunktionären, sondern in den Betriebsversammlungen durchzuführen, wo der ideologische Kampf gegen alle übrigen Parteien schärfstens aufzunehmen ist.
c) Keinerlei Nachgeben den Drohungen der Gewerkschaftsbureaukratie gegenüber, d. h. wo wir im Betrieb oder im Funktionärkörper des Betriebes keine Mehrheit haben, und also nicht eine kommunistische freigewerkschaftliche Liste aufstellen können, müssen wir eine eigene kommunistische, sogenannte Oppositionsliste aufstellen und dürfen uns dabei nicht scheuen, auch ausgeschlossene und sonstige revolutionäre Genossen auf diese Liste zu setzen, wenn sie nur geeignet sind, die kommunistische Arbeit im Betriebsrat vernünftig zu vertreten.

   Wenn die Gefahr droht, daß zwei Listen miteinander konkurrieren, auf denen beide Kommunisten stehen (z. B. eine Liste der Gewerkschaftsopposition und eine etwa der Union), so muß von Fall zu Fall die Bezirksleitung darüber entscheiden, welche Liste nicht aufgestellt wird, wo beispielsweise die Union, dort muß sie auf eigene Listen verzichten, wo umgekehrt unsere Gewerkschaftsopposition schwach ist und etwa die Union stark, dort muß unsere Gewerkschaftsopposition auf eigene Listen verzichten.
d) Diese Wahlen müssen dazu ausgenützt werden, wieder die Rolle der Betriebsräte und der Räte überhaupt in den Arbeitermassen lebendig zu machen. Die Räte und auch die Betriebsräte sind die spezifischen Klassenorgane des Proletariats, sie sollen die Organe der Organisation des Aufstandes werden und die Staatsorgane des kommenden proletarischen Staates. Diese ihre Rolle muß propagandistisch völlig klar und rücksichtslos auseinandergesetzt werden.
e) Der Kampf gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer und die SPD. muß bei diesen Betriebsrätewahlen so geführt

werden, daß die Betriebsräte klar als Sturmböcke gegen die Gewerkschaftsbureaukratie benannt und gewählt werden.

f) Um die Betriebsräte herum ist nach Möglichkeit auch organisatorisch ein fester Kreis von Sympathisierenden zu legen. Das wird am besten möglich werden, wenn man die Betriebsversammlungen dazu ausnützt, Fraktionen von Sympathisierenden tatsächlich zu gründen.

g) Selbstverständlich müssen unsere Betriebszellen vorher, d. h. vor der Betriebsversammlung die Frage der Kandidatenaufstellung genau durchdiskutieren, aber man muß die Zellen von vornherein daran gewöhnen, auch diese Fragen nicht selbständig, sondern in Verbindung mit der Bezirksleitung zu lösen. Jede Bezirksleitung muß die Kandidatur genau durchprüfen, damit nicht die sogenannten „guten Gewerkschaftler" aufgestellt werden, die uns oft schwer kompromittieren, sondern gute Kommunisten, auch wenn sie ungeschickte Gewerkschaftler sind. Die Betriebsräte sollen revolutionäre Organe sein, und das ist für uns zehnfach wichtiger als gewerkschaftliche Geschicklichkeit.

h) Bei dieser Gelegenheit müssen die Bezirksleiter tatsächlich einen großen Teil der Hauptarbeit für die Umgestaltung der Partei auf Betriebszellen leisten. Das wird am besten gehen, indem man den Zellen nach Besprechung mit ihnen einen vernünftigen Arbeitsplan vorlegt.

Wir ersuchen um genaue Beachtung dieser Richtlinien und um Mitteilung aller Beobachtungen, Vorschläge und Erfahrungen, die die einzelnen Bezirke machen, sowie aller Resultate. Diese Richtlinien sind in allen maßgebenden Körperschaften durchzubesprechen und an die Betriebszellen weiter zu leiten.

Mit kommunistischem Gruß!
Das Direktorium der KPD."

Ein von der kommunistischen Zentrale in Ludwigshafen herausgegebenes Rundschreiben enthält noch den Schlußsatz: „Die Befolgung dieser Anordnungen in unserem Rundschreiben gilt als Parteibefehl!"

Das vorstehend wiedergegebene Rundschreiben erhellt blitzlichtartig die Situation. Die KPD. will sich in den Betriebsräten Stoßtrupps schaffen, die ihren Befehlen blindlings folgen. Darum dürfen auf die kommunistischen Vorschlagslisten zu den Neuwahlen der Betriebsräte auch keine guten Gewerkschaftler gesetzt werden, sondern nur gute Kommunisten. Daß die guten Gewerkschaftler nur in der VSPD. zu finden sind, ist ein wertvolles Eingeständnis aus kommunistischem Munde. Des weiteren aber zeigt das Verhalten der KPD., daß sie von den Betriebsräten keine positive Arbeit erwartet; sie will die Betriebsvertretungen zu Parteizwecken mißbrauchen. Und zwar, weil der Befehl Moskaus so lautet! Die Stipendiaten des Sowjetrubels beeilen sich, den ihnen gewordenen Auftrag auszuführen. Als Hörige Moskaus haben sie zu gehorchen, widrigenfalls ihnen die russischen Subventionen entzogen werden.

Eine weitere Bestimmung des Rundschreibens verlangt das Zusammengehen mit den Unionisten, den patentierten Organisationszerstörern. Nachdem die KPD. eingesehen hat, daß sie die Gewerkschaften nicht zu erobern vermag, verbindet sie sich mit den Unionisten, um die Gewerkschaften zu zerschlagen. Gleichzeitig aber beginnt die KPD. mit der Gründung eigener kommunistischer Gewerkschaften, die natürlich auf „revolutionärer" Grundlage beruhen. Sobald die KPD. diese ihre Gewerkschaftsgründungen unter Dach und Fach haben wird, muß sie ihren Anhängern zeigen, was diese leisten können. Daß das nicht viel ist, haben die Erfahrungen zur Genüge bewiesen. Ueberall da, wo Kommunisten und Unionisten bisher schon ihren eigenen Laden aufgemacht und unter eigener Verantwortung Streiks geführt haben, waren sie gezwungen, die bewährten Kampfmethoden der freien Gewerkschaften anzuwenden: Sie mußten mit den Unternehmern an einem Tisch sitzen, um mit ihnen zu verhandeln. Sie mußten bei diesen Verhandlungen mit den Unternehmern Zugeständnisse machen und sich von ihren hundertprozentigen Forderungen erhebliche Abstriche gefallen lassen. Sie mußten Verpflichtungen eingehen, die bisher noch kein „reformistischer" Gewerkschaftler eingegangen ist. Sie mußten weiter Schlichtungsausschüsse und Schlichter anrufen. Sie mußten sich bemühen, die Anerkennung als Tarifkontrahent zu erlangen. Sie mußten Beiträge erheben und Sammlungen veranstalten, um Unterstützungen zahlen zu können. Sie mußten die MAH. anklingeln und auch anderswohin um Zuwendungen betteln gehen. Sie mußten vor allen Dingen, schon bevor sie überhaupt kampffähige Organisationen geschaffen hatten — Bonzen anstellen. Mit einem Wort: Sie mußten von vornherein alles das tun, was die freien Gewerkschaftler auch getan haben. Darüber hinaus aber haben sie schon manches getan, was ein „Reformist" niemals tat und auch niemals tun wird. Ein Beweis, daß auch sie gezwungen sind, sich den Verhältnissen anzupassen und daß in den „revolutionären" Gewerkschaften auch nur mit Wasser gekocht wird.

Um diese Tatsachen zu verschleiern und um Moskau gefällig zu sein (schon wegen der Stipendien) ist die KPD.-Zentrale drauf und dran, neue Aufstände und Putsche zu organisieren. Als „die Organe der Organisation des Aufstandes" will sie die Betriebsräte mißbrauchen. Die kommunistischen Betriebsräte sollen auf Befehl des Direktoriums der KPD. eine Revolution „machen" oder doch hier und da einen Putsch inszenieren. Während die Betriebsräte im Sinne des ihnen gewordenen Befehls arbeiten, werden die Bonzen des Direktoriums fern von Madrid weilen. Und das Ergebnis dieser von Moskau befohlenen „Revolution"? Die blindgläubigen Anhänger der KPD. und die sympathisierenden Mitläufer werden als Opfer des „faschistischen Abwehrkampfes" auf der Strecke bleiben.

Arbeiter, Betriebsräte der Textilindustrie, ihr seid gewarnt! Folgt nicht den Rattenfängermelodien gewissenloser kommunistischer Demagogen! Lehnt es ab, die Befehle der im Solde des Tschermonetzrubels stehenden Bonzen des KPD.-Direktoriums auszuführen. Haltet dem Deutschen Textilarbeiter-Verband die Treue!

Spitzenmesse.

Zum zweiten Male wurden in den Räumen des Berliner Zoo die Erzeugnisse deutscher Spitzenkunst dem schaulustigen Publikum dargeboten. Alles, was dem raffiniertesten Luxus einer dünnen Oberschicht der Gesellschaft zur Verfeinerung und Verschönerung ihrer Wäsche und Bekleidung notwendig erscheint, war hier ausgestellt. Einsätze und Randspitzen, Decken und Deckchen, Gardinen, Stores, Läufer, Bettdecken, Brautschleier, Spitzenkleider und Spitzenhüte und noch vieles andere war vom hauchfeinen Gewebe bis zum stabileren Gebrauchsgegenstand in allen nur erdenklichen Mustern, Materialien und Techniken vertreten. Man wird also von einer Spitzenmode sprechen müssen, die sich jetzt durchzusetzen beginnt. Wie lange? Handgefertigte Spitzen, geklöppelte sowohl als Nadelspitzen waren von den schmalsten Randspitzen bis zu den in Muster und Ausführung gleich kostbarsten Erzeugnissen weiblicher Handkunstfertigkeit in allen Breiten vorhanden. Sogar handgefertigte Brautschleier waren ausgestellt.

Die Herstellung handgefertigter Spitzen feiert also wieder ihre Auferstehung. In längstvergangenen Zeiten wurden echte Spitzen in den Klöstern und der Hausindustrie hergestellt, häufig in dunklen, feuchten Kellerräumen, weil der hauchfeine Faden nur bei bestimmtem Feuchtigkeitsgrad verarbeitet werden konnte. Tausende von geschickten Frauenhänden verkrüppelten bei dieser Arbeit, die allmählich auch zum Verlust des Augenlichts führte. Menschenvernichtung für den Luxusbedarf der Reichen. Und heute? Die Proletarisierung des Mittelstandes läßt auch die Herstellung handgefertigter Spitzen, um die man sich schon seit langem wieder bemühte, um sich als Wohltäter bestimmter Volksschichten aufzuspielen, wieder neu aufleben. Die Ausstellungen der verschiedensten Spitzenschulen und Werkstätten des Hausfleißes ziehen die Frauen der verarmten Schichten an sich, die ihre Kunstfertigkeit verwerten, weil sie verdienen müssen, aber doch nicht wollen, daß andere um ihre Arbeit wissen. Jede Frage über Art der Technik, Verkaufspreis der Produkte wird in höchst entgegenkommender Weise beantwortet. Bei der Frage nach den Löhnen und Arbeitsbedingungen ist man zugeknöpft, da heißt es, das dürfen wir nicht sagen. Dies läßt tief blicken! Die gleiche Auskunft geben auch die die verschiedenen Techniken der Klöppel- und Nähspitzenkunst, der Kunststrickerei und -häkelei und anderer wieder modern gewordenen Handarbeiten vorführenden Arbeiterinnen: „Das dürfen wir nicht sagen."

Alle diese Erzeugnisse weiblicher Kunstfertigkeit werden jetzt als „Heimkunst" und „Erzeugnisse des Hausfleißes" deklariert. Auch hinter dieser Umstellung des Namens sieht der Kundige die ganze Not und das Elend der „Heimarbeiterin", die in unkontrollierter Arbeitszeit bei unzureichenden Löhnen sich die Augen blind arbeitet, damit zahlungsfähige Nichtstuer sich mit ihren Erzeugnissen schmücken können.

Die Industriespitze und Maschinenstickerei ist in gleicher Fülle und Mannigfaltigkeit der Anwendung vertreten. Hier ist Plauen führend; es hält sehr schwer, die Maschinenspitze, die den Vorzug hat, billiger zu sein als die handgefertigte, von dieser zu unterscheiden. Plauen hat seinen in komplizierter Technik erzeugten Stick-, Aetz- und Luftspitzen auch Webespitzen als Neuheit angefügt, die bisher eine besondere Spezialität der Spitzenstadt Calais gewesen sein sollen. In Verbindung damit steht eine reichhaltige Ausstellung von Luxuswäsche, zu deren Herstellung Spitzen und Stickereien in verschwenderischer Fülle verwendet wurden.

Brokate in Gold und Silber, Samt und Seidenstoffe bringt die Ausstellung ebenfalls in großer Fülle, deren Wirkung in Gemeinschaft mit großen Berliner Modefirmen zu wundervoller Wirkung unter Verwendung von Spitzen zusammengestellt waren.

Die für die Spitzen und andere Handarbeiten benötigten Garne hat die Garnindustrie belebt, die ebenfalls stark vertreten ist. Einen Uebergang vom ausgesprochensten Luxus in der Bekleidung zum praktischen Gebrauch bietet die Wollindustrie, die in reicher Fülle Jumper, Jacken, Kleider und Hüte für alle Altersstufen und alle Verwendungsmöglichkeiten darbot. Auch diese Erzeugnisse sind in ihrer Mehrzahl Handarbeiten der verschiedensten Techniken, die sich neben den Erzeugnissen der Maschinenindustrie behaupten.

Ob es gerade zur Hebung der Ausstellung „Spitzenmesse" beitrug, ihr alle möglichen anderen Luxusdinge anzugliedern, wie die jetzt anscheinend sehr beliebten Puppen, für deren Verwendung ein praktisch veranlagter Mensch kein Verständnis hat, sei dahingestellt.

Für jeden, der weiß, wieviel Not und Elend in unserer Zeit vorhanden ist, wie viele Menschen kein Hemd auf dem Leibe haben, wie viele Kinder ins Leben treten, deren Eltern nichts, gar nichts haben, um den neuen Weltbürger bei seinem Erscheinen zu bekleiden, wirkt die Ausstellung, auf welcher das raffinierteste Luxusbedürfnis der Reichen in bezug auf Wäsche und Kinderausstattung zum Ausdruck kommt, in höchstem Maße aufreizend, trotz all des Schönen, was sie dem Auge bietet. Dahin zu wirken, daß all diese schönen Dinge auch der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, ist eine Aufgabe der Arbeiterschaft.

Unternehmerwillkür – Achtstundentag und Volkswirtschaft.

Aus Sachsen schreibt man uns:

Schon seit Jahren kann man die Klagen der Unternehmer in ihrer Fachpresse, bei Tarifverhandlungen und sonstigen Anlässen über den Leerlauf unserer Volkswirtschaft hören. Man wollte den Leerlauf damit abstellen, indem durch Verlängerung der Arbeitszeit ein größeres Arbeitslosenheer geschaffen wird und die Profitrate eine Steigerung erfährt durch Verkürzung des Lohnes. Auch von den freigewerkschaftlichen Organisationen ist immer anerkannt worden, daß eine intensive Ausnutzung der technischen Verbesserungen an den Produktionsmitteln und damit zugleich Ersparung von menschlichen Kräften im Interesse der Volksgesundheit notwendig sei. Wir haben den Standpunkt der notwendigen technischen Verbesserung bis zum äußersten vertreten und trotzdem finden sich Regierungsstellen bereit, für Industriezweige, die zum großen Teil verheiratete Frauen beschäftigen, durch Zwangstarif eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit um 7—10 Stunden wöchentlich festzulegen. Hätten die Unternehmer, wie sie vorgeben, lediglich das Interesse der gesamten Volkswirtschaft im Auge gehabt, dann konnte und durfte es nicht zur Aussperrung der Arbeiterschaft kommen.

Aber für die Unternehmer galt es den Herrenstandpunkt herauszukehren und ihr Prinzip „Beseitigung des Achtstundentages" durchzusetzen. Es ist dabei gleichgültig, wenn durch Störung des Wirtschaftsfriedens infolge Aussperrung Hunderte von Arbeitsstunden verloren gehen, die Hauptsache ist, daß ihr Prinzip durchgesetzt wird. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft aus dem rigorosen Vorgehen der Unternehmer die einzig richtige Konsequenz und setzt die Organisation wieder finanziell instand, damit das Verlorene wieder zurückerobert werden kann. **Nur straffe, gut disziplinierte Organisationen sind in der Lage, den Unternehmern Respekt einzuflößen.** Eg.

Berichte aus Fachkreisen.

Frankenberg i. Sa. Die Unternehmer am Werke, die Arbeiter vollständig zu Hörigen zu machen!

Die ungeheure Wohnungsnot in der Nachkriegszeit hat sich bis zur Unerträglichkeit gesteigert und die Freizügigkeit völlig unterbunden. Die Frankenberger Textilindustriellen glauben diese Notlage der Arbeiterschaft für ihre Zwecke noch besonders auszunützen. Es ist bekanntgeworden, daß sämtliche Frankenberger Textilindustriellen am Montag, den 31. März, sich ein Stelldichein gegeben haben, um dort Ketten zu schmieden, mit denen man die hiesige Textilarbeiterschaft fesseln und ihr auch noch das bißchen Freizügigkeit am Orte rauben will. Während die Herren Unternehmer noch im vorigen Jahre „Zeter und Mordio" geschrien haben über die, ihre Handlungsfreiheit einigermaßen beengenden Demobilmachungsbestimmungen, und während dieselben Herren jetzt wieder das Recht für sich in Anspruch nehmen, Arbeiter und Arbeiterinnen nach Belieben auf die Straße zu setzen, soll es künftig von der Gnade dieser Herrschaften abhängig sein, ob Arbeiter oder Arbeiterinnen ihre Abeitsstelle wechseln dürfen.

In der oben erwähnten Zusammenkunft haben sich die Frankenberger Textilindustriellen durch Beschluß gegenseitig verpflichtet, keinen Arbeiter bzw. Arbeiterinnen in ihren Betrieben einzustellen ohne Beibringung einer Freigabebescheinigung vom bisherigen Arbeitgeber.

Diese Unternehmermaßnahme bedeutet die Wiedereinführung des mittelalterlichen Hörigkeitsverhältnisses in Reinkultur. Es soll dadurch der Arbeiterschaft unmöglich gemacht werden, dort zu arbeiten, wo es ihr beliebt. Schlechte Behandlung, unzureichende Entlohnung — der tarifliche Entlohnungszwang ist ja manchen Unternehmern schon längst ein Dorn im Auge — und sonstige Uebelstände geduldig zu ertragen. Will sich ein Arbeiter oder eine Arbeiterin nicht alles bieten lassen und sich verändern, so ist letzteres nur möglich, wenn der „gnädige" Herr Arbeitgeber die Freigabebescheinigung aushändigt. Tut er das nicht, **so bedeutet das für den Arbeiter oder die Arbeiterin, in dem Betrieb sitzen zu bleiben und alles ohne Murren über sich ergehen lassen,** oder arbeitslos auf der Straße sitzen. Ein anderer Arbeitgeber darf ja in diesem Falle den Arbeiter bzw. die Arbeiterin nicht einstellen. Das werden nette Zustände!

Die hiesige Textilarbeiterschaft wird aber dafür sorgen, daß die Bäume gewisser tonangebender Herren Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Sie wird die neu geschmiedeten Ketten abzustreifen verstehen. Die Zeiten der Hörigkeit sind vorüber! Notwendig ist dazu nur, daß die Arbeiterschaft ihre gewerkschaftliche Organisation als Machtfaktor erhält und weiter ausbaut. Darum sei der Textilarbeiterschaft zugerufen: Ein Schädling für sich selbst und für die gesamte Kollegenschaft ist jeder, der die Organisation durch seinen Austritt oder durch Verweigerung der regelmäßigen Beitragsleistung schwächt. Arbeiter und Arbeiterinnen, nehmt euch die Einmütigkeit und Geschlossenheit des Unternehmertums als leuchtendes Beispiel zum Vorbild, wo es gilt, euch zu unterdrücken und rechtlos zu machen. Hoch die gewerkschaftliche Organisation! G. S.

Wirtschaft.

Der Reichswirtschaftsminister hat den Reichsrat ersucht, eine Enquete anzustellen, wie die Exportfähigkeit der Textilindustrie und der Schuhindustrie wiederhergestellt werden kann, wobei die Preisfrage in beiden Branchen im einzelnen untersucht werden soll.

Rundschau.

Gründung einer Wiener Spinnereischule durch englische Unterstützung. In der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie befand sich nur eine einzige Spinnereischule mit Sitz in Reichenberg, die nunmehr an die Tschechoslowakei gefallen ist. Seit langem machen sich daher in österreichischen, insbesondere Wiener, Textilkreisen Bestrebungen geltend, um dort eine neue Spinnereischule ins Leben zu rufen. Wie dem „Konfektionär" aus Wien gemeldet wird, ist es nunmehr dem Kuratorium der Bundeslehranstalt für Textilindustrie in Wien gelungen, englische Maschinenfabriken für diesen Plan zu gewinnen. Die Firma Brothers u. Co. in Oldham hat sich bereit erklärt, eine vollständig eingerichtete Schulspinnerei, die alle Maschinengattungen umfaßt, kostenlos zur Verfügung zu stellen. Drei andere englische Werke haben die zur weiteren Vervollständigung notwendigen Spinnereiutensilien ebenfalls unentgeltlich überlassen.

Literatur.

Unter dem Titel **„Die Gesellschaft"** ist eine neugegründete internationale Revue für Sozialismus und Politik erschienen, die vom Genossen Rudolf Hilferding, Berlin, redigiert und herausgegeben wird. Der Verlag erfolgt durch J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Probleme der Zeit (Hilferding); Phasen und Zeitschriften des Marxismus (Kautsky); Die Arbeiterregierung am Werk (Braitsford); Die Ruhrbesetzung und Belgien (Vandervelde); Demokratische Außenpolitik (Müller-Franken); Politik in Schweden (Hjalmar Branting); Messieurs les assasins (Mendelssohn-Bartholdy); Goldbilanz der Reichsverfassung (Radbruch); Landhunger und Siedlung (Braun); Aufstieg und Krise der Gewerkschaftsbewegung (Seidel); Bücherbesprechungen.

„Die Gesellschaft" erscheint monatlich. Bezugspreis im Vierteljahrsabonnement 3,60 Mk.

Wir empfehlen unseren Funktionären und unseren Mitgliedern diese Zeitschrift auf das dringendste.

Ein Kommentar zur Verordnung über das Schlichtungswesen. Wie wir erfahren, ist etwa Mitte Februar ein Kommentar zu der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 erschienen, dessen Bearbeitung der in Partei- und Gewerkschaftskreisen durch seinen Kommentar zum Betriebsrätegesetz gut bekannte Dr. G. Flatow, Ministerialrat im preußischen Handelsministerium, zusammen mit R. Joachim, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, übernommen haben. Der Kommentar wird außer der Verordnung sämtliche bisher veröffentlichten Ausführungsbestimmungen und die Bestimmungen über Entlastung der Schlichtungsausschüsse und als Anhang ein Verzeichnis der Schlichtungsausschuß- und Schlichterbezirke enthalten. Die beiden Verfasser, die an der Entstehung der Verordnung tätigen Anteil genommen haben, bürgen für eine gute, brauchbare Arbeit, die, da ein Kommentar zu dieser Verordnung von allen den Kreisen dringend erwartet wird, die mit arbeitsrechtlichen Fragen zu tun haben, unbedingt benötigt wird. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat deshalb den Vertrieb des Buches in Partei- und Gewerkschaftskreisen übernommen. Der etwa 200 Seiten starke Kommentar wird etwa 3 Mk. kosten.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam zur Unterstützung der Antikriegspropaganda ein recht wirkungsvolles Plakat herausgegeben, das nach einer Originalzeichnung von Käthe Kollwitz **„Die Ueberlebenden"** hergestellt worden ist. Die Ausführung des Plakates ist außerordentlich gut und die markante Zeichnung von Käthe Kollwitz, die das durch den Krieg verursachte Elend trefflich kennzeichnet, wird bestimmt die Wirkung haben, die der IGB. erzielen will.

Das Plakat ist sehr gut geeignet, in öffentlichen Räumen, Gewerkschaftsbureaus, Parteibureaus, Parteibuchhandlungen und a. m. angebracht zu werden. Es wird zum Selbstkostenpreise von 2 Mk. durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin S. 14, Inselstraße 6, gegen Voreinsendung des Betrages abgegeben.

Der Zuzug von **Handdruckern** nach **Zittau i. Sa.** hat zu unterbleiben. Die Drucker stehen dort im Streik.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Hannover. Minden i. W. V: Friedrich Eickelmann, Hohenzollernring 25. Alle Sendungen an diesen. K: Wilhelm Horstmann, Priggenhagen 10.

Gau Kassel. Gladenbach. Jakob Winhauer, Marktstr. 10.

Gau Barmen. Euskirchen. V: Nicht Lammersum, sondern Lommersum.

Willich ist zu streichen, da Krefeld angeschlossen.

Gau Stuttgart. Wangen. V und K: Michael Abrander, Gartenstraße b 12.

Gau Dresden. Dresden. V und K: Gustav Richter, Geschäftsführer, Ritzenbergstr. 4 pt.

Hartha i. S. K: Max Selle, Goethestraße 2, III.

Adorf. Geschäftsführer nicht Damreuther, sondern Dannreuther.

Kleinolbersdorf, nicht wie in letzter Nummer Kleinalbersdorf.

Lengenfeld i. V. Tel. 375.

Gau Berlin. Aschersleben. V: Karl Proske, Wiedmuth 121. K: Josef Hampel, Dorfstraße.

Leobschütz. K: Josef Thon, Wasserthorstraße 16.

Waldenburg i. Schl. V: Bruno Schneider, Ober-Waldenburg i. Schl., Kirchstraße 40. K: Martha Hahn, Altwofer bei Waldenburg, Breslauer Str. 50.

Gau Berlin. Aschersleben. V: Nicht Rappach, sondern Happach.

Malchow, Mckbg. Nicht Mahlo, wie in letzter Nummer steht.

Jastrow ist zu streichen.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6—7. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dressel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.